Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 37. Montag, 13. Februar 1928, abends. 81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig, durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle Goethestraße 58. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Bevorstehende Gesamtaussperrung in der deutschen Metallindustrie.

Berlin. (Funkspruch.) **Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller hat beschlossen, zur Unterstützung der bereits seit 4 Wochen im Abwehrkampf befindlichen mitteldeutschen Metallindustrie die Gesamtaussperrung in der deutschen Metallindustrie am 22. Februar mit Arbeitsschluß vorzunehmen. Die mitteldeutsche Metallindustrie hat die Unterstützung der gesamten deutschen Metallindustrie in dem Abwehrkampfe gefunden, weil die bisherigen rasch aufeinander folgenden Lohnerhöhungen unter keinen Umständen fortgesetzt werden können, wenn der gegenwärtige deutsche Preisstand gehalten werden soll. Da die gesamte deutsche Metallindustrie der Meinung ist, daß der gegenwärtig noch befriedigende Beschäftigungsgrad durch Preiserhöhungen nur verschlechtert und insbesondere auch die mühsam wiedererrungene Stellung auf dem Weltmarkte gefährdet wird, hat sie den von der mitteldeutschen Metallindustrie geführten Abwehrkampf gegen unangemessene Lohnerhöhungen seiner grundsätzlichen Bedeutung wegen zu ihrem eigenen gemacht.**

Vertagte Krise?

Der Brief Hindenburgs an den Reichskanzler Marx zeigte in seinem Inhalt sehr erkennbar das Streben des Reichspräsidenten, zu den inneren Gegensätzen, die sich in der Schulfrage zwischen den einzelnen Regierungsparteien aufgetan haben, nicht Stellung zu nehmen. Die Befürchtungen gewisser Kreise, daß ein Eingreifen Hindenburgs zum größten Teil den parteipolitischen Interessen der Deutschnationalen dienen wollte, haben sich also als völlig gegenstandslos erwiesen. Was Hindenburg wollte, ist mit kurzen Worten gesagt. Ein Versuch, den verantwortlichen Parteiführern in die Erinnerung zu rufen, daß es noch außer der Erledigung des Schulgesetzes wesentliche Restfragen gibt, die in dem Koalitionsprogramm festgelegt wurden, aber bis jetzt noch immer nicht gelöst werden konnten. Der Brief Hindenburgs ist also ein Appell an das Pflichtgefühl der an der Koalition beteiligten Fraktionen, ein Appell, dem sich die führenden Kreise dieser Fraktionen wohl kaum entziehen werden. Insofern hat der Brief Hindenburgs bereits eine günstige Wirkung ausgelöst, als die akute Gefahr der Krisis im Augenblick beseitigt ist. Selbstverständlich bleiben die großen Gegensätze innerhalb der Regierungskoalition über die endgültige Formulierung des Reichsschulgesetzes noch weiter bestehen. Aber es ist festzustellen, daß bei allen Fraktionen des Regierungsblocks sich die Ansicht Geltung zu verschaffen versucht, daß „politische Konsequenzen" aus der Unüberbrückbarkeit der Meinungen in der Schulfrage im Augenblick nicht gezogen werden dürfen. Die Weiterverhandlung im Interfraktionellen Ausschuß ist zwar auf Montag vertagt worden, aber es ist kaum anzunehmen, daß, falls, was zu erwarten ist, die Aussprache wiederum ergebnislos verläuft, ein sofortiger Bruch der Koalition erfolgen wird. Vermutlich wird man im schlimmsten Falle eines endgültigen Scheiterns der Verhandlungen über das Schulgesetz die ganze Angelegenheit bis zur Erledigung der noch schwebenden Restfragen vertagen. Das besagt natürlich nicht, daß die Krise im Bestand der Regierungskoalition behoben ist, sie bleibt bestehen, gleitet jedoch aus ihrem akuten Stadium in einen latenten Stand. Ob es später den weiteren Aussprachen über die umstrittenen Fragen des Schulgesetzes vielleicht doch noch gelingen wird, ein für alle Parteien annehmbares Kompromiß zustande zu bringen, ist heute noch nicht zu sagen, wobei man diese Frage eher verneinen als bejahen könnte. Reichsinnenminister Dr. von Keudell hat in den letzten Tagen der Auseinandersetzungen eine Fülle von Vermittlungsvorschlägen den einzelnen Parteien zugehen lassen. Es muß offen ausgesprochen werden, daß die augenblickliche kritische Situation in der Schärfe sicherlich nicht eingetreten wäre, wenn Herr von Keudell die Initiative, die er in den letzten Tagen zeigte, schon in den früheren Verhandlungen geäußert hätte. Damit soll gewiß nichts gegen die gewinnende und sympathische Persönlichkeit des Herrn von Keudell gesagt sein. Wenn wir in der Behandlung, die er den Fragen des Schulgesetzes angedeihen ließ, irgend etwas vermissen, so ist dies nur eine zielbewußte Führung der ganzen Verhandlungen, der es vielleicht doch gelungen wäre, eine einigermaßen befriedigende Lösung des ganzen Fragenkomplexes herbeizuführen. Immerhin tut man gut daran, die Frage des Schulgesetzes nicht als ganz hoffnungslos hinzustellen. Die Erfahrungen aus den letzten Jahren haben gelehrt, daß es unseren Parteien gelungen ist, schon entschieden schwierigere Probleme einigermaßen in Ordnung zu bringen, eine Tatsache, die sich bei einem einigermaßen guten Willen der Regierungsparteien recht wohl wiederholen könnte.

Voraussichtlich doch Reichstagsauflösung.

Zentrumsvorstoß gegen die Volkspartei. — Zurückziehung der Volksparteilichen Minister gefordert. Die Volkspartei behauptet ihren Standpunkt.

Neue Spannung zwischen Zentrum und Deutscher Volkspartei.

vdz. **Berlin.** Im Reichstag ging am Sonnabend das Gerücht um, daß der Fraktionsvorsitzende des Zentrums, Dr. v. Guérard, an den Vorsitzenden der volksparteilichen Reichstagsfraktion, Dr. Scholz, einen **Brief gerichtet habe, in dem er ihn auffordere, die volksparteilichen Minister aus dem Kabinett zurückzuziehen.** Wie wir auf Erkundigung sowohl beim Zentrum als auch bei der Deutschen Volkspartei erfahren, ist **dieser Brief bisher nicht abgegangen, er wird auch nicht geschrieben werden.** Die Gerüchte gehen offenbar darauf zurück, daß das Zentrum allerdings den Standpunkt vertritt, die Deutsche Volkspartei habe sich durch ihre Haltung in der Schulfrage außerhalb der Richtlinien für die Regierungsbildung und damit außerhalb der Koalition gestellt, sodaß es nunmehr an ihr sei, ihre Minister zurückzuziehen. In Zentrumskreisen verlautet, daß dieser Standpunkt von Vertretern des Zentrums der Führung der Deutschen Volkspartei in Zusammenhang mit der gestrigen interfraktionellen Sitzung auch bereits dargelegt worden ist.

Die **Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei** hat in einer Sitzung am Sonnabend nachmittag folgende **Entschließung** gefaßt:

„Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat sich anläßlich des Schreibens des Herrn Reichspräsidenten an den Herrn Reichskanzler mit der dadurch geschaffenen Gesamtlage befaßt. Sie ist der Auffassung, daß im Hinblick auf die dringenden, vor der Koalition übernommenen, noch der Lösung harrenden Aufgaben der Reichspolitik — Verabschiedung des Etats, Abwendung der Not der Landwirtschaft, Kriegsschäden-Schlußgesetz, Kleinrentnerversorgungsgesetz, Sicherung des Wohnungsbaues für 1928, Reform des Strafgesetzbuches u. a. m. — eine vorzeitige Auflösung des Reichstags vermieden werden muß, auch wenn das Reichsschulgesetz in dieser Legislaturperiode nicht mehr verabschiedet werden sollte. Die Fraktion wird sich deshalb der Aufforderung des Herrn Reichspräsidenten nicht entziehen".

Im Reichstag wird, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. aus parlamentarischen Kreisen hört, diese Entschließung als die Antwort auf die Haltung des Zentrums aufgefaßt, d. h. also, als die Ablehnung des Gedankens, daß die Volkspartei ihre Minister aus dem Kabinett zurückziehen solle.

vdz. **Berlin.** Im Reichstag sieht man der für heute Montag angesetzten Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses mit besonderer Spannung entgegen, weil von dem Verlauf dieser Verhandlungen nunmehr das Schicksal der Regierung sehr stark abhängt. Von führender Zentrumsseite wird nach dem Bekanntwerden der Fraktionsentschließung der Deutschen Volkspartei **erklärt, daß die Situation sich dadurch für das Zentrum nicht geändert habe. Das Zentrum verlangt weiter, daß die Deutsche Volkspartei ihre Minister zurückzieht.** Die Verletzung der Richtlinien wird darin gesehen, daß der kulturpolitische Teil der Richtlinien die Berücksichtigung des Elternwillens verlangt, die Volkspartei dies aber negiere, indem sie die **Forderungen des Zentrums zum § 20 des Schulgesetzes ablehnt.**

In **Kreisen der Deutschen Volkspartei** verweist man demgegenüber auf die Verfassung, die in Artikel 146 nur vorschreibe, daß der Wille der Erziehungsberechtigten **möglichst** berücksichtigt werden soll. Die Richtlinien, so wird auf dieser Seite weiter argumentiert, könnten aber nicht weitergehen, als die Verfassung selbst. Es sei infolgedessen nicht richtig, daß die Deutsche Volkspartei sich mit ihrer Haltung außerhalb der Koalition gestellt habe, zumal die Regierung ja nicht nur mit dem einzigen Zweck des Schulgesetzes gebildet worden sei. Auf jeden Fall habe sie über die Zurückziehung ihrer Minister selbst zu bestimmen.

Vom Zentrum wird verlangt, daß die Deutsche Volkspartei am Montag eine klare Antwort gebe und betont, daß das Zentrum in seiner Haltung auch durch den Brief des Reichspräsidenten nicht erschüttert werden könne.

Zur Schulgesetzkrisis.

Berlin. (Funkspruch.) Zur Vorbereitung der für heute nachmittag 2 Uhr in Aussicht genommenen **Sitzung des interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien im Reichstag,** die sich mit der **Schulgesetzkrisis beschäftigen soll,** hat der Vorsitzende der Zentrumsfraktion **von Guerard,** wie das Nachrichtenbüro des VDZ. hört, **Montag einen Brief an den Vorsitzenden des interfraktionellen Ausschusses, den Grafen Westarp, geschrieben.** Der Brief dürfte den Wunsch **des Zentrums nach Auflösung der Reichstagskoalition und Weiterführung der Arbeiten** durch ein nur geschäftsführendes Kabinett zum Ausdruck bringen. Wie das Nachrichtenbüro weiter hört, stehen die Deutschnationalen diesem Wunsche einstweilen ablehnend gegenüber.

Tagung des Reichsschulausschusses der Deutschen Volkspartei.

)(**Berlin.** Auf einer gestern abgehaltenen Tagung **des Reichsschulausschusses der Deutschen Volkspartei,** die aus dem ganzen Reiche stark besucht war, legte **Geh. Rat Dr. Runkel** in einem Referate die Richtlinien dar, die für die Deutsche Volkspartei bei ihrer Stellungnahme in der Frage **des Reichsschulgesetzes** maßgebend waren. Der Redner erklärte am Schluß zu dem bekannten Briefe Hindenburgs: **„Wir wollen keine Koalitionsschwierigkeiten machen, wir wollen nur unseren Standpunkt herausarbeiten".**

Der **Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei Reichsminister a. D. Dr. Scholz,** bekräftigte die Ausführungen des Vorredners und bezeichnete es als bedauerlich, daß die deutschnationalen Vertreter im Bildungsausschuß **des Reichstages** sich immer nur auf die Seite des Zentrums gestellt und nicht ein einziges Mal die Forderungen **der Deutschen Volkspartei** unterstützt hätten.

Sodann sprach der Vorsitzende der Landtagsfraktion, **Abgeordneter D. Dr. v. Campe.** Er äußerte, daß das Gesetz in seiner gegenwärtigen Gestalt bei keiner Partei, auch nicht beim Zentrum und den Deutschnationalen, Zustimmung finde.

Nach einer Diskussion nahm die Versammlung einstimmig eine **Entschließung** an, in der **der Politik der Reichstagsfraktion in der Schulgesetzfrage Anerkennung ausgesprochen wird.**

Der Reichselternbund verlangt dringend Einigung.

* **Berlin.** Die am Sonnabend unter starker Beteiligung aus dem ganzen Reiche unter dem Vorsitz von Unterstaatssekretär a. D. Conze in Berlin zusammengetretenen **Vorstandsmitglieder und Führer des Reichsverbandes evangelischer Eltern- und Volksbünde (Reichselternbund) haben eine Kundgebung beschlossen, nach der der Reichselternbund im Namen Millionen evangelischer Eltern an Reichsregierung und Reichstag die dringende Forderung richtet, die soweit geförderte Arbeit am Reichsschulgesetz zu Ende zu führen. In weitesten Kreisen des deutschen Volkes würde es nicht verstanden werden, wenn nach achtjährigem Ringen auch diesmal kein Weg der Einigung gefunden würde. Der Gewissensnot der christlichen Eltern müsse Hilfe werden, die Schule brauche Rechtssicherheit und Befriedigung. Regierung und Reichstag dürften sich der Verantwortung hierfür nicht entziehen.**

Gegen die Besoldungsneuregelung der Reichsbahn.

)(**Berlin.** Gegen die Besoldungsneuregelung bei der Reichsbahn-Gesellschaft hat der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands bei der Reichsregierung **Einspruch erhoben.** Der Protest richtet sich u. a. dagegen, daß die Reichsbahn-Gesellschaft die Organisationen der Reichsbahnbeamten von einer rechtzeitigen und ausreichenden Mitwirkung bei der Besoldungsreform ausgeschaltet hat. Bei der Besoldungsneuregelung der Reichsbahn seien außerdem nahezu 100 000 Reichsbahnbeamte in ihren Bezügen schlechter gestellt worden als die Reichsbeamten, mit denen sie bisher gleichgestanden hätten und rund 25 000 Eisenbahnwartegeldempfänger, die ihrer Rechtsstellung nach unmittelbare Reichsbeamte geblieben seien, sollten der Neuregelung unterstellt werden.

Vom Einheitsverband wird infolgedessen um die gesetzliche Verankerung der Vorschläge ersucht, die von ihm und von dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund zur Herstellung gesicherter Rechtsverhältnisse der Reichsbahnbeamten gemacht worden sind.

Einigung über die Rentnerversorgung.

)(**Berlin.** Am Sonnabend fand eine **interfraktionelle Besprechung** über das Rentnerversorgungsgesetz statt, wobei, wie die A. Z. berichtet, im wesentlichen **Einmütigkeit** darüber **erzielt wurde, daß dieses Gesetz gemacht werden soll.**